



Der Umzug der AfD wurde von der Polizei am Freitagabend deutlich verkürzt, um ein Aufeinandertreffen mit den Gegendemonstranten zu vermeiden.

Das kritisiert der Kreisvorsitzende Günter Koch in einem Brief an Landrat Manfred Müller.
Foto: Jörn Hannemann

AfD-Kritik an gekürzter Route

Kreisvorsitzender Koch beklagt »merkwürdiges Verständnis von Versammlungsfreiheit«

■ Von Maïke Stahl

Paderborn (WV). Mit der Resonanz auf die AfD-Demonstration am Freitag ist der Paderborner Kreisvorsitzende Günter Koch zwar gut zufrieden, mit dem Ablauf allerdings nicht. In einem Brief an Landrat Manfred Müller (CDU) kritisiert er dessen »merkwürdiges Verständnis von Versammlungsfreiheit«.

Die Kritik macht Koch vor allem daran fest, dass der geplante und im Vorfeld abgestimmte Umzugsweg am Abend seitens der Polizei geändert und verkürzt wurde. »Während der Demonstration erfuhr ich, dass der genehmigte Umzugsweg nicht genommen werden könne«, beklagt Koch. Zudem sei ihm zu seiner Verwunderung mitgeteilt worden, dass der geänderte Weg am Vortag mit ihm abgespro-

chen worden sei. Er habe tatsächlich als Versammlungsleiter am Donnerstag noch einmal das Gespräch mit der Polizei gesucht, um Details und mögliche Änderungen zu erörtern. »Es gab aber keine.«

Die Anordnung, den Marschweg zu verkürzen, habe der Einsatzleiter »zur Abwehr von Gefahr« getroffen, weil sich 50 bis 60 Gegendemonstranten auf der von der AfD geplanten Marschroute im Bereich Florianstraße und Bahnhofstraße versammelt hätten.

»Wie ich nachträglich in der Berichterstattung zur Demo sehen und hören konnte, war die Absperrung zum Parkplatz Florianstraße und damit zur Gegendemo nicht vorhanden«, ärgert sich Koch. So hätten sich die Gegendemonstranten ungehindert auf den von der AfD geplanten Umzugsweg ausbreiten können. Deshalb will Koch nun wissen, ob es diese Ab-

sperrung überhaupt gab und warum sie nicht gehalten werden konnte. Er äußert den Verdacht, dass die verkürzte Route schon am Vortag feststand, da der geänderte Lageplan am Abend ausgedruckt zur Verfügung gestanden habe.

»Was da am Freitag passiert ist, war nicht gut und offensichtlich in irgendeiner Form geplant«, sagte Koch gegenüber dieser Zeitung. »Wir haben grundsätzlich kein Problem mit der Polizei, aber so geht das nicht.«

Auch die massive Absperrung der AfD-Kundgebung durch die Einsatzkräfte sei nicht sehr glücklich gewesen. »Wir erkennen den guten Willen an, uns vor Übergriffen zu schützen. Das hat aber auch viele unserer Anhänger abgeschreckt«, meint Koch. Deshalb sei der Wunsch entstanden, die Veranstaltung im Februar zu wiederholen. Ein Grundsatzbeschluss dazu

soll heute Abend gefasst werden.

Landrat Manfred Müller wollte sich gestern auf Anfrage des WESTFÄLISCHEN VOLKSBLATTES nicht äußern. Laut Polizeisprecher Ulrich Krawinkel wolle der Landrat zunächst Koch die in seinem Anschreiben formulierten Fragen persönlich beantworten.

Unterdessen hat der OWL-Ableger der vom Staatsschutz beobachteten Partei »Die Rechte« mitgeteilt, dass sie sich ebenso wie Vertreter der NPD und weiterer rechtspopulistischer Vereinigungen an der AfD-Demonstration beteiligt hätten. In Salzkotten hatte die Polizei Koch auf teilnehmende Mitglieder der Partei »Die Rechte« hingewiesen, daraufhin hatte dieser sie von der Kundgebung ausgeschlossen. »Entsprechende Hinweise der Polizei gab es in Paderborn nicht, und ich habe auch niemanden identifizieren können, sonst hätte ich genauso reagiert«, sagte Koch dieser Zeitung. »Das ist ein kaputter Haufen, der sich auf unsere Kosten profilieren will.«

»Was Freitag passiert ist, war offensichtlich in irgendeiner Form geplant.«

Günter Koch